



Auswärtiges Amt



**50 Jahre**  
Deutschland in den  
Vereinten Nationen

Gemeinsam für Menschlichkeit

Auswärtiges Amt, 11013 Berlin

An das  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Frau Gökay Akbulut  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Katja Keul**

Staatsministerin  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Werderscher Markt 1  
10117 Berlin

Postanschrift:  
11013 Berlin

Tel. +49 30 18 17-2926  
Fax +49 30 18 17-52926

[buero.keul@diplo.de](mailto:buero.keul@diplo.de)

[www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)

Berlin, 21. Juni 2023

Sehr geehrte Frau Kollegin,

als Anlage übersende ich Ihnen die Antwort auf Ihre für die Fragestunde am  
21. Juni 2023 gestellte Frage.

Mit freundlichen Grüßen

**Fragestunde im Deutschen Bundestag,  
21. Juni 2023**

Wahrnehmung durch **StM'in Katja Keul**

---

**Frage Nr.: 030**

**MdB: Gökay Akbulut**

**Fraktion: DIE LINKE.**

---

Frage:

*„Inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung, die juristische Aufarbeitung der Verbrechen des sogenannten Islamischen Staates (IS) durch lokale Gerichte der Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien, wie es die Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien ankündigte (vgl. <https://nordundostsyrien.de/erklaerung-zu-gerichtsverfahren-gegen-auslaendische-is-kaempfer/>), zu unterstützen, und in welchem Umfang werden mutmaßliche IS-Kämpfer mit deutscher Staatsangehörigkeit, die in Haftanstalten der Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien inhaftiert sind, konsularisch betreut?“*

Antwort:

Die Bundesregierung wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die in Syrien begangenen Gräueltaten des IS aufgearbeitet und strafrechtlich verfolgt werden. In diesem Zusammenhang und auch mit Blick auf frühere Ankündigungen der sogenannten „kurdischen Selbstverwaltung“ bezüglich einer Strafverfolgung vor Ort hat die Bundesregierung deutlich gemacht, dass die Einhaltung internationaler Standards bei derartigen Verfahren von großer Bedeutung ist. Deutschland leistet im Rahmen der internationalen Koalition im Kampf gegen den IS substantielle Beiträge und hat zuletzt im Rahmen des Treffens der Außenministerinnen und Außenminister der Anti-IS-Koalition am 8. Juni in Riad mitgeteilt, dass im Jahr 2023 voraussichtlich mindestens 100 Millionen Euro für zivile Anti-IS-Maßnahmen mobilisiert werden sollen, womit Deutschland zweitgrößter Geber nach den USA bliebe. Die von der Bundesregierung geförderten Maßnahmen betreffen die Verbesserung der Lebensbedingungen, den Erhalt von Basisdienstleistungen, sowie die Rehabilitierung, Rückkehr und Reintegration von in Nordost-Syrien in Lagern befindlichen Personen. Die Bundesregierung unterstützt auch Aktivitäten zur Versöhnung und Vertrauensbildung auf lokaler Ebene und zur Aufarbeitung von IS-Verbrechen. Nach Schließung der deutschen Botschaft in Damaskus im Jahr 2012 ist eine konsularische Betreuung von deutschen Staatsangehörigen in Syrien weiterhin nicht möglich.